

enger Föhlung mit der Arbeiterbewegung: so der Verein Deutscher Kaufleute im Anschluß an die Gewerkvereine Hirsch-Duncker, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband im Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und die Zentralverbände der Handlungsgehilfen und der Büroangestellten in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Beziehungen zu den Arbeitergewerkschaften haben sich aber allenthalben später gelockert, zum Teil dadurch, daß die Technikerbewegung auch in ihrem gewerkschaftlichen Flügel von Anfang an ohne unmittelbare Bindung an die Arbeitergewerkschaften entstand: hier trat neben den älteren Deutschen Technikerverband, der eine Standesorganisation ohne Gewerkschaftscharakter sein wollte, der Bund der technisch-industriellen Beamten (wobei unter den Beamten jedoch auch, sogar überwiegend, die Angestellten verstanden wurden). Vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband her einerseits, von dem zuletzt genannten Bunde andererseits datiert die moderne Angestelltenbewegung des Deutschen Reichs. Diese beiden Organisationen vereinigten am frühesten das Bewußtsein einer besonderen Klassenlage der Angestellten und daher die Ablehnung aller Paritätsgedanken mit der vollen Klarheit darüber, daß der soziale Stand der Angestellten sich in mannigfacher Weise von der Arbeiterschaft abhebe und einer gewissen Unabhängigkeit von deren Organisationen nicht entraten könne. Die Kämpfe um die Angestelltenversicherung brachten vor dem Kriege die namhaftesten Organisationen der Angestellten in zwei einander feindlichen Gruppen unter sich einander näher. Nach dem Kriege entstand für die großen Verbände eine Aufteilung in drei Gruppen in Analogie

zur Dreiteilung der deutschen Arbeiterbewegung; ungefähr gleichzeitig erfolgten wichtige Fusionen, so daß nunmehr das Bild der Angestelltenbewegung wesentlich einfacher und durchsichtiger ist als vor etwa 20 Jahren. Die Einzelheiten über die Fusionen und über deren Zusammenhang mit Angestelltenversicherung, Krieg und Umsturz ist unter „Bund der technischen Angestellten und Beamten“ (Butab), „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ (GDA), „Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten“ (VWA) und „Zentralverband der Angestellten“ (ZDA) nachzuschlagen. Ueber die jetzigen Spitzenverbände der Angestellten siehe die Artikel „Allgemeiner freier Angestelltenbund (AfA-Bund)“ und „Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag)“; der bereits erwähnte „Gewerkschaftsbund der Angestellten“ übt nach außen gleichfalls die Funktionen eines Spitzenverbandes aus, ist aber keine Föderation von Vereinen, sondern ein Einheitsverband. Ein aufschlußreiches Gesamtbild des jeweiligen Standes der Angestelltenbewegung geben die Sonderhefte zum Reichsarbeitsblatt, die sich mit den Berufsorganisationen beschäftigen. International gliedert sich die Angestelltenbewegung in folgende Bünde: den Internationalen Bund der Privatangestellten (ihm gehören die größten Verbände des AfA-Bundes an; der AfA-Bund ist als solcher korporativ dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen), den Internationalen Bund christlicher Angestelltenverbände und den Internationalen Bund Neutralen Angestelltenorganisationen (dem von deutscher Seite der GDA angehört). Ueber diese Organisationen und die ihnen angehörenden Landesverbände wird in selbständigen Artikeln dieses Wörterbuches das Erforderliche gesagt.

Angestelltenversicherung

Von **Theodor von Olshausen**

Die Angestelltenversicherung ist eine reichsgesetzliche Sonderversicherung derjenigen erwerbstätigen Bevölkerungskreise, die zwischen den wirtschaftlich Selbstständigen einerseits und den Handwerkern andererseits stehen. Sie betreut etwa 3,3 Millionen Versicherte; sie will ihnen für ihr Alter, für den Fall der Berufsunfähigkeit sowie den Hinterbliebenen im Falle des Todes des Versicherten eine Rente gewähren. Die Angestelltenversicherung steht mit ihren **Rentenleistungen** am Beginn ihrer Entwicklung; der sogenannte Beharrungszustand wird erst in Jahrzehnten erreicht. Trotzdem liefen am 1. September 1929 bereits 85 603 Ruhegelder, 51 900 Witwen- und Witwerrenten und 32 591 Waisenrenten. Der Gesamtaufwand für die Rentenleistungen, Abfindungen und Beitragserstattungen betrug im Jahre 1928 105 Millionen. Neben den Rentenleistungen kommt als eine sehr beachtliche Leistung der Angestelltenversicherung die Ge-

währung von Heilverfahren in Betracht. Solche Heilverfahren werden eingeleitet, um die infolge einer Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzuwenden. Auch kann ein Heilverfahren gewährt werden, wenn dieses den Empfänger eines Ruhegeldes wieder berufsfähig macht. Während des Heilverfahrens steht dem Versicherten ein Hausgeld für solche Angehörigen zu, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat. Die Zahl der Versicherten, die seit Errichtung der Reichsversicherungsanstalt im Jahre 1913 eine Kur bewilligt erhalten haben, beträgt 356 000. Von diesen 356 000 Heilverfahren sind rund 123 000 in Lungenheilstätten, rund 223 000 in Sanatorien oder Bädern und der Rest in anderer Form durchgeführt worden. Zwecks Durchführung der Kuren steht eine große Zahl von Heilstätten, Sanatorien und Bädern der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zur Aufnahme der erkrankten Ver-

sicherten zur Verfügung. Im Jahre 1929 wurden von der Reichsversicherungsanstalt 128 Heilanstalten belegt und zwar 67 Lungenheilstätten und 61 Sanatorien und Badeorte. Im eigenen Besitz der Reichsversicherungsanstalt befinden sich 3 Lungenheilstätten und 5 Sanatorien mit zusammen 980 Betten. Heilverfahren werden auch den nichtversicherten Ehemännern und Ehefrauen der Versicherten gewährt, sofern sie wegen aktiver Tuberkulose eines Aufenthalts in einer Lungenheilstätte bedürfen. Auch für die Kinder der Versicherten wird unter bestimmten Voraussetzungen gesorgt, indem zu den erforderlichen Heilverfahren Zuschüsse gewährt werden. Neben der Gewährung solcher Heilverfahren kommt dem Zahnheilverfahren der Angestelltenversicherung eine ständig wachsende Bedeutung zu, indem in Fällen, in denen ein umfangreicher Ersatz von Zähnen zur Abwehr drohender Berufsunfähigkeit notwendig ist, nach bestimmten Einheitssätzen ein Zuschuß gewährt wird. Außer dem Heilverfahren gewährt die Angestelltenversicherung auch Zuschüsse zu größeren Heilmitteln, z. B. künstlichen Gliedern oder orthopädischem Schuhwerk. Ein weiterer Zweig der Heilfürsorgemaßnahmen ist die Heilfürsorge für die geschlechtskranken Versicherten. Neben diesen den Einzelfall betreffenden Fürsorgemaßnahmen werden auch für allgemeine Heilfürsorge erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. So werden unter anderem die Bestrebungen zur Verhütung des Alkoholmißbrauchs und zur Aufklärung weiter Volkskreise über die Bedeutung einer gesundheitsmäßigen Lebensweise unterstützt.

Das **Vermögen** der Angestelltenversicherung, das zur Sicherstellung der Ansprüche der Versicherten dient, beträgt über eine Milliarde Mark. Es wird zu volkswirtschaftlichen und sozialnützlichen Zwecken angelegt; besondere Rücksicht wird auf die Erhaltung der Arbeitsgelegenheit, der Arbeitsfähigkeit und der Gesundheit der Versicherten sowie auf die Förderung des Wohnungsbaus genommen. Die im Jahre 1928 für Wohnungsbauten insgesamt langfristig zur Verfügung gestellten Mittel betrugen rund 100 Millionen Mark. Eine besondere Förderung erfuhren hierbei die gemeinnützigen Baugesellschaften, insbesondere die von den Angestelltenverbänden gegründeten Gesellschaften für Angestelltenheimstätten. In neuester Zeit sind vor allem auch Ein- und Zweifamilienhaus-Neubauten beliehen worden, deren Bauherren und Besitzer versicherte Angestellte sind. So wurden bereits annähernd 3000 solcher Heimstätten von der Reichsversicherungsanstalt beliehen.

Bei dieser Bedeutung der Angestelltenversicherung für eine große Arbeitnehmerschicht ist es begreiflich, daß die **Gewerkschaften der Angestellten** von jeher der Angestelltenversicherung eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet haben. Man geht sogar nicht zu weit, wenn man sagt, daß die Angestelltenversicherung ihre Entstehung in erster Linie dem energischen Auftreten der Gewerkschaften zu verdanken hat, die durch ihre un-

ermüdlige Tätigkeit den Gedanken einer Rentenversicherung für die Angestellten in die weitesten Kreise der Privatangestellten getragen haben. Noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatten sich die Privatangestellten ziemlich zurückhaltend gegenüber den Bestrebungen gezeigt, die darauf abzielten, für diesen Kreis von Personen eine weitergehende Fürsorge zu erzielen, als die Invalidenversicherung sie zu leisten imstande war; auch die Regierung hatte anfangs gegenüber diesen Versicherungswünschen der Angestellten eine durchaus ablehnende Stellung eingenommen. Erst vom Jahre 1901 an, als der „Hauptausschuß zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten“ gegründet wurde, kann man von einer eigentlichen Bewegung zur Erreichung einer Rentenversicherung unter den Privatangestellten sprechen. Dieser Hauptausschuß wurde dann allerdings schnell zum Mittelpunkt der auf eine staatliche Zwangsversicherung gerichteten Bestrebungen der Angestellten. Schon im Jahre 1902 trat man mit Anträgen, die eine Fürsorge für die Privatangestellten bezweckten, an den Reichstag heran. Die Regierung hielt die Angelegenheit jedoch nicht für genügend geklärt, deshalb nahmen die Organisationen der Angestellten die Sache nunmehr selbst in die Hand und veranlaßten im Oktober 1903 ihrerseits statistische Erhebungen über die wirtschaftliche Lage und die Versicherungsverhältnisse in diesen Kreisen. Die Regierung ließ die von den Angestellten ausgestellten Fragebogen dann durch das Statistische Amt zu einer Denkschrift verarbeiten. So wurde diese privatim aufgenommene Statistik die Hauptgrundlage für alle weiteren legislatorischen Arbeiten und hierdurch in der wirksamsten Weise den Bestrebungen für eine Angestelltenversicherung vorgearbeitet. Als sich darauf bei den beteiligten Kreisen namentlich wegen der Höhe des für die Versicherung erforderlich gehaltenen Beitrages eine gewisse Enttäuschung zeigte und innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung verschiedene Ansichten darüber herrschten, wie für die Angestellten der nötige Versicherungszwang zu schaffen sei, war es wieder der bereits erwähnte Hauptausschuß, der unversäumt eine sogenannte Siebener-Kommission einsetzte. In dieser Siebener-Kommission, die von jetzt an die Vertretung der Angestellten bildete, gewannen die Anhänger der staatlichen Sonderversicherung die Oberhand. Hierauf wurden unter Zugrundelegung dieser Auffassung von der Siebener-Kommission Leitsätze aufgestellt, die im Winter 1907 einem in Frankfurt a. M. tagenden Allgemeinen Privatbeamten-Tag vorgelegt und sodann die Grundlage einer zweiten Denkschrift der Regierung wurden. Diese neue Denkschrift wurde dem Reichstag im Juli 1908 vorgelegt; sie enthält keinen fertigen Gesetzentwurf, sondern erörterte die bisher gemachten wichtigsten Vorschläge unter Beifügung einer Uebersicht über die Beiträge und die diesen entsprechende verschiedene Gestaltung der Versorgung und forderte

zu erneuter Kritik auf. Der Hauptausschuß beschäftigte sich darauf wiederum eingehend mit dieser Denkschrift auf einer Tagung in Berlin und gab einstimmig dem Wunsche Ausdruck, es möchte eine Pensions- und Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage der Denkschrift geschaffen werden. Die weiblichen Angestellten erreichten durch ihre eindrucksvollen Darstellungen, daß in gewissen Beziehungen zu ihren Gunsten besondere Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen wurden. Der dem Reichstag am 20. Mai 1911 vorgelegte Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte ließ durchaus die Einwirkung der Kräfte erkennen, die schon die wesentlichsten Vorarbeiten für seine Gestaltung geleistet hatten. Nach verhältnismäßig kurzen Beratungen im Reichstage wurde das **Versicherungsgesetz für Angestellte am 5. Dezember 1911** einstimmig vom Reichstage angenommen.

Nach dem Kriege, als die Gewerkschaften allgemein wesentlich an Macht gewannen, wurden auch die Angestelltenverbände weiter ausgebaut und gefestigt. Sie begannen nun einen starken Einfluß auf die weitere Gestaltung der Angestelltenversicherung zu gewinnen, indem sie sich vielfach in Eingaben an die Organe der Angestelltenversicherung, die maßgebenden Regierungsstellen und den Reichstag wandten. So legte der Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Privatangestellten schon im Sommer 1920 dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vor. Dieser Entwurf sollte den dringenden Bedürfnissen Rechnung tragen, die sich aus der siebenjährigen Erfahrung der Angestelltenversicherung und weit mehr noch aus den Umwälzungen im Rechts- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes für die Angestellten ergeben hatten. Diesen die Angestelltenversicherung anzupassen, war ein Verlangen, von dessen Dringlichkeit alle unmittelbar Beteiligten ohne Rücksicht auf den Unterschied der allgemein sozialpolitischen Anschauungen gleichmäßig überzeugt waren. Hinter diesen Vorschlägen standen nicht weniger als 22 die große Mehrheit der organisierten Angestellten umfassende Verbände aller Berufe. Die Einwirkung aller in diesen Eingaben zum Ausdruck kommenden Bestrebungen trat dann besonders deutlich in Erscheinung bei der großen **Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz vom 10. November 1922** (RGBl. I, 849), durch welche die Selbstverwaltung einen wesentlichen Ausbau erfahren hat. Durch ehrenamtliche Mitglieder im Direktorium der Reichsversicherungsanstalt hatte das Gesetz eine Mitwirkung der Versicherten und ihrer Arbeitgeber an der laufenden Geschäftsführung ermöglicht. Nach den ursprünglichen Gesetzesvorschriften gehörten vier solcher ehrenamtlichen Mitglieder dem Direktorium an; jetzt wurde diese Zahl von vier auf sechs erhöht. Bei der Beschlußfassung im Direktorium der Reichsversicherungsanstalt schieden nach den früheren Vorschriften so viele ehrenamtliche Mitglieder aus,

daß die beamteten in der Mehrzahl waren. Dieses Verhältnis ist jetzt umgekehrt, jetzt muß die Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder größer sein als die der beamteten. Hierdurch ist den Beteiligten der entscheidende Einfluß in diesem Organ der Angestelltenversicherung eingeräumt. Die Befugnisse des Verwaltungsrats der Angestelltenversicherung sind gegenüber der Vorkriegszeit durch das Gesetz von 1922 erheblich erweitert worden. Der Verwaltungsrat hat das Recht, die Einnahmen, Ausgaben und Belege im einzelnen zu prüfen, er kann jederzeit durch Beauftragte aus seiner Mitte Einblick in die Geschäftsführung nehmen, auch bestimmt er gemeinsam mit dem Direktorium die Grundsätze für die Anlegung des Vermögens.

In den schweren Zeiten der Inflation, als der Bestand der Sozialversicherungseinrichtungen auf das ernsteste bedroht war, mußte dem Reichsarbeitsminister die Ermächtigung erteilt werden, neue Gehalts- und Beitragsklassen ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften festzusetzen. Auch hier war es die oben bereits erwähnte Siebener-Kommission, die durch Eingaben an das zuständige Ministerium auf eine rechtzeitige Angleichung der Beiträge an die Geldentwertung drängte. Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. August 1928 ist die Versicherungspflichtgrenze von jährlich 6000 Mark auf jährlich 8400 Mark erhöht worden. In neuester Zeit, namentlich gegen Schluß des Jahres 1928, haben die verschiedenen Richtungen der Angestelltenverbände durch ihre Vertreter im Reichstag mehrfach Anträge auf wesentliche Aenderungen des Angestelltenversicherungsgesetzes eingebracht. Diese Anträge haben einen Niederschlag gefunden in dem **Gesetz zur Aenderung des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 7. März 1929** (RGBl. I, 75). Dieses Gesetz hat zwei wichtige Verbesserungen in der Angestelltenversicherung gebracht. Die Wartezeit dauert allgemein nur noch 60 Beitragsmonate. Sind weniger als 30 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt, so beträgt sie 90 Beitragsmonate. Die Wartezeit für das Ruhegeld männlicher Versicherter betrug bisher in der Regel 120 Beitragsmonate. Für eine Uebergangszeit bis Ende 1933 wird beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen Ruhegeld jetzt auch solchen Versicherten gewährt, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen arbeitslos sind. In diesem Falle wird das Ruhegeld für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt. Besteht ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung (versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung oder Sonderunterstützung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit), so beginnt das Ruhegeld frühestens mit dem Wegfall dieses Anspruchs. Es fällt mit dem Ablauf des Monats weg, in dem der Empfänger in eine invaliden- oder angestelltenversicherungspflichtige Beschäftigung eintritt. Bei Verabschiedung dieses Gesetzes hat der Reichstag zugleich eine Ent-

schließung angenommen, durch die die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf über die Reform der Angestelltenversicherung vorzulegen, sowie eine Reihe von Anträgen hierzu der Reichsregierung als Material überwiesen. Diese Anträge bezwecken unter gewissen Voraussetzungen die Gewährung einer Rente an die geschiedene Frau, wenn der Versicherte allein für schuldig erklärt worden ist, sowie die einer Elternrente, falls kein Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente besteht. Auch soll, wenn beim Tode des Versicherten ein Anspruch auf Leistungen nicht besteht, nacheinander dem Ehegatten, den Kindern, dem Vater, der Mutter, dem Großvater und der Großmutter ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der seit dem 1. Januar 1924 bis zum Tode des Versicherten entrichteten Beiträge des Versicherten zustehen. Voraussetzung ist jedoch stets, daß diese Personen von dem Versicherten wesentlich aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten worden sind. Da man von der Gewerkschaftsarbeit ganz allgemein sagen kann, daß sie das Bestreben zeigt, Schichten aufsteigen zu lassen wie Land aus dem Meer, so ist es nicht verwunderlich, daß auch auf dem Gebiete der Sozialversicherung die Angestelltenverbände alles tun, um die Schicht der Angestellten zu heben und ihre Versorgung für die Zeit des Alters und die ihrer Hinterbliebenen sicherzustellen. Es steht daher zu erwarten, daß die Gewerkschaften auch weiterhin für einen Ausbau der Angestelltenversicherung mit allen

Kräften eintreten werden.

Neben dem Einfluß, den die Gewerkschaften, wie gezeigt, auf dem Gebiete der Gesetzgebung bei der Angestelltenversicherung ausgeübt haben, ist insbesondere auch ihrer Mitwirkung in der Verwaltung dieses Versicherungszweiges zu gedenken. Die **Verwaltung der Angestelltenversicherung** ist in der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für das ganze Reich zentralisiert. Ein örtliches Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Versicherten bilden die Vertrauensmänner. Sie werden je zur Hälfte aus den Versicherten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt. Die etwa 8000 Vertrauensmänner haben sich in Ortsausschüssen zusammengeschlossen zwecks gegenseitiger Anregung, Unterweisung und Erleichterung ihrer Geschäftsführung. Der Aufgabenkreis der Vertrauensmänner ist vom Gesetz in der Weise umschrieben, daß die Verwaltung in der Lage ist, ihn den jeweiligen praktischen Bedürfnissen weitgehend anzupassen. Die Reichsversicherungsanstalt zieht die Vertrauensmänner besonders heran zur Unterstützung der Versicherten bei Heilverfahrensanträgen und bei der Aufnahme von Leistungsanträgen sowie zur Mitwirkung bei der Kontrolle der Rentenempfänger. Die Vertrauensmänner sind mithin berufen, die Versicherten auf allen Gebieten der Angestelltenversicherung zu beraten und ihnen Auskunft zu erteilen. Aber nicht nur zur Unterstützung der Reichsversicherungsanstalt dienen sie, sondern auch dem Versicherungsamt leisten

sie durch Anstellung von Ermittlungen und Mitteilungen über wichtige, ihnen bekanntgewordene Tatsachen große Dienste. Vor allem aber liegt den Vertrauensmännern die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats ob. Diese Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen. Bei den Wahlen zum Verwaltungsrat wird der Kampf geführt in erster Linie von den Gewerkschaften, für die sie zugleich einen Prüfstein für ihre Werbekraft und ihr Kräfteverhältnis bilden. Die Vertrauensmänner auf Arbeitnehmerseite gehen überwiegend aus den Reihen der Gewerkschaften hervor, daher bilden sie zugleich auch ein Bindeglied zwischen den Gewerkschaften und der Reichsversicherungsanstalt und sind so in der Lage, die Behörde über die Auffassungen und Wünsche der Angestelltenverbände jederzeit zu unterrichten. Der ehrenamtliche Unterbau der Reichsversicherungsanstalt, wie er sich in den Vertrauensmännern darstellt, wird somit auf Arbeitnehmerseite durch und durch getragen von den Verbänden der Angestellten. Ein weiteres Organ der Reichsversicherungsanstalt ist der oben bereits erwähnte Verwaltungsrat; hier kommt die Vertretung der Versicherten in einer Art Aufsichtsorgan gegenüber dem Direktorium zur Geltung. Er besteht aus dem Präsidenten des Direktoriums als Vorsitzendem und mindestens je 12 Vertretern der Versicherten und ihrer Arbeitgeber. Er ist somit der eigentliche Sitz der Selbstverwaltung, indem er gleichmäßig aus Arbeitgeber- und Versichertenvertretern besteht; nur den Vorsitz führt ein Beamter. Die Vertreter der Arbeitgeber werden von den Arbeitgebervertretern unter den Vertrauensmännern, die übrigen von den Versichertenvertretern unter den Vertrauensmännern gewählt. Während die Arbeitgebervertreter unter den Vertrauensmännern je eine Stimme haben, ist das Stimmrecht der Versichertenvertreter nach der Zahl der im Wahlbezirk vorhandenen Versicherten bemessen. Ländliche Arbeitgeber beschäftigen nämlich nur verhältnismäßig selten Angestellte, weshalb zur Führung der laufenden Geschäfte in den überwiegend ländlichen Wahlkreisen eine größere Zahl von Vertrauensmännern erforderlich ist, als der Zahl der vorhandenen Versicherten entspricht. In den großen Städten hingegen braucht die Zahl der Vertrauensmänner nicht so groß zu sein, wie sie nach der Zahl der Versicherten sein könnte. Durch Abstufung des Wahlrechts wird nun trotz dieser verschiedenen liegenden Verhältnisse ein möglichst gleiches Wahlrecht angestrebt. Die Hauptaufgabe des Verwaltungsrats ist die Festsetzung des Voranschlages; auf diese Weise kann er bestimmend in die gesamte Verwaltung eingreifen. Für Ausgaben, die im Laufe des Geschäftsjahres notwendig werden, wenn sie nicht im Voranschlag vorgesehen sind, ist die Zustimmung des Verwaltungsrats erforderlich; wenn sie vorher nicht möglich war, ist die Genehmigung des Verwaltungsrats unverzüglich nachzuholen. Ferner hat er den

Rechnungsabschluß und die Bilanz abzunehmen. Das Organ der Reichsversicherungsanstalt, das die laufenden Geschäfte führt und dem die allgemeine gesetzliche Vertretung der Behörde obliegt, ist das Direktorium. Anders als der Verwaltungsrat ist dieses gemischt aus Beamten und Nichtbeamten zusammengesetzt. Im übrigen kann hier auf die bereits oben bei der Entwicklung der Selbstverwaltung gemachten Ausführungen verwiesen werden. Die ehrenamtlichen Mitglieder des Direktoriums wählt der Verwaltungsrat. Ein ununterbrochenes Arbeiten für die ganze Amtsdauer wird durch die Wahl von Ersatzmännern gesichert. Diese Mitarbeit der ehrenamtlichen Mitglieder an der laufenden Geschäftsführung des Direktoriums stellt nicht unerhebliche Ansprüche an Zeit und Arbeitskraft. In Sitzungen, die alle vierzehn Tage stattfinden, haben sich diese aus den Kreisen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber hervorgegangenen Vertreter mit Fragen der Versicherungspflicht, der Beiträge und Leistungen, des bedeutungsvollen Heilverfahrens sowie mit Einzelgeschäften der Vermögensanlage zu befassen. Wahrlich kein geringes Tätigkeitsgebiet für das Direktorium bei der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung der Reichsversicherungsanstalt. Reibungslos und rechtzeitig werden alle diese Aufgaben von der Selbstverwaltung bewältigt. Bei der Bedeutung der Stellung dieser ehrenamtlichen Direktoriumsmitglieder hat das Gesetz eine vollständige Trennung der ehrenamtlichen Besetzung des Direktoriums und des Verwaltungsrats vorgesehen. Ein Mitglied des Verwaltungsrats, das Mitglied des Direktoriums wird, scheidet daher aus dem Verwaltungsrat aus. Schließlich beeinflussen die Angestelltengewerkschaften die Angestelltenversicherung auch durch ihre Beteiligung an der **Rechtsprechung**. Wie die Verwaltung, so ist auch die Rechtsprechung in der Angestelltenversicherung nicht so dezentralisiert, wie in der Arbeiterversicherung: nur eine beschränkte Anzahl von Versicherungsämtern und Oberversicherungsämtern ist nämlich mit Ausschüssen und Kammern für Angestelltenversicherung versehen. Die Beisitzer für diese Ausschüsse und Kammern wählt der Verwaltungsrat, der, wie dargelegt, selbst aus den Wahlen der Vertrauensmänner hervorgeht. Die Rechtsprechung der ganzen Angestelltenversicherung aber läuft in höchster Instanz zentral im Reichsversicherungsamt zusammen. Die Beisitzer der Senate für Angestelltenversicherung bei dieser obersten Spruchbehörde werden gleichfalls durch den Verwaltungsrat gewählt. Für die Wahl ergehen auch hier die Vorschläge durch die wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Arbeitnehmern.

Aehnlich wie in Deutschland war die Entwicklung der Angestelltenversicherung auch in einer Reihe ausländischer Staaten, so insbesondere in Oesterreich. Während **Oesterreich** auf anderen Zweigen der Sozialversicherung dem Deutschen Reich nachgefolgt ist, ging es auf dem Gebiet der Angestelltenversicherung voran. Schon im Jahre 1888

trat der Erste allgemeine Beamtenverein der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie an die beiden Häuser des Reichstages mit einer Petition heran, welche die Schaffung einer Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung der Privatbeamten im Wege einer Zwangsversicherung bezweckte; im Jahre 1893 beschloß das Abgeordnetenhaus, dem inzwischen eine zweite dringliche Petition desselben Vereins zugegangen war, diese der Regierung zur eingehendsten Prüfung zu überweisen. Nach Verlauf von weiteren drei Jahren entschloß sich die Regierung dazu, im Haushaltsvoranschlag eine Summe einzusetzen, die der Vornahme von statistischen Erhebungen über die Verhältnisse der Privatbeamten dienen sollte. Nachdem im Jahre 1901 von der Regierung eine Gesetzesvorlage, betreffend „die Pensionsversicherung der in privaten und einiger in öffentlichen Diensten stehenden Angestellten“ eingebracht worden war, entspann sich in dem sozialpolitischen Ausschuß ein erbitterter Kampf um die Lösung der Organisationsfrage. Anfang 1906 konnte dann das Abgeordnetenhaus die Beratungen über den Ausschußbericht beginnen und am 16. Dezember 1906 wurde das Pensionsversicherungsgesetz der Privatangestellten erlassen. Schon in den ersten Jahren nach Erlaß des Gesetzes machte sich insbesondere wegen der immer mehr zunehmenden Unklarheit über die Grenzen der Versicherungspflicht eine durchgreifende Novellierung notwendig. Jetzt setzte auch eine überaus rege Agitation der Berufsorganisationen ein, die das Interesse der beteiligten Kreise in lebhafter Weise zu fesseln verstand. Auch in Oesterreich schieden sich hierbei die Angestelltenkreise in zwei Gruppen. Die eine Gruppe erblickte in der Pensionsversicherung eine Standesversicherung als Maßnahme der Mittelstandspolitik — sie fand ihren Sammelpunkt im Versicherungsausschuß der nationalen Angestelltenorganisationen —, während die zweite Gruppe, die der sozialdemokratischen Angestelltenorganisationen, die Pensionsversicherung als für die kaufmännischen Angestellten ungeeignet erklärte. Auch aus den Kreisen der Arbeitgeber, so der zwangsgenossenschaftlich organisierten Kaufleute, setzte eine überaus lebhaft abwehrbewegte Bewegung gegen die Einbeziehung der kaufmännischen Angestellten in die Versicherungspflicht ein. Andererseits trat in den land- und forstwirtschaftlichen Kreisen eine starke Bewegung unter den Angestellten zutage, die in erweitertem Maße die Aufnahme in die Versicherungspflicht anstrebten und dabei von den maßgebenden land- und forstwirtschaftlichen Organisationen unterstützt wurden. Angesichts dieser Verhältnisse entschloß sich der mit den Abänderungsanträgen befaßte Ausschuß, an dem bisherigen Umfang der Versicherungspflicht möglichst festzuhalten. Der nach langen Beratungen schließlich im Januar 1914 von dem Abgeordnetenhaus angenommene Gesetzesentwurf betreffend Abänderung des Pensionsversicherungsgesetzes sah daher von einer durchgreifenden Reform des Gesetzes ab und war im wesentlichen nur bemüht, Lücken und Mängel zu

beheben, die sich in der fünfjährigen Praxis des Gesetzes herausgestellt hatten. Durch den Verlust des Krieges und den Zerfall der alten Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie wurde auch für die Angestelltenversicherung eine völlig neue Situation geschaffen. Die Regierung nahm daher eine durchgreifende Reform der Pensionsversicherung in Angriff; die darauf einsetzende Währungskatastrophe machte aber auch in Oesterreich eine Novelle nach der anderen notwendig, um die Folgen der Geldentwertung durch Erhöhung der Beiträge und Gewährung von Zusatzleistungen nach Möglichkeit zu lindern. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 konnte man daher an den Wiederaufbau der Angestelltenversicherung herantreten; an ihm nahmen die Angestellensektionen der Kammern für Arbeiter und Angestellte lebhaften Anteil. Im Jahre 1923 legte sodann die Regierung dem Nationalrat einen Entwurf vor, durch den für die gesamte Privatangestelltenschaft eine Standesversicherung geschaffen werden sollte, um sie, ihrer höheren sozialen Stellung entsprechend, auch für die Fälle der Krankheit, der Stellenlosigkeit, der Berufsunfähigkeit, des Alters und des Todes in höherem Maße sicherzustellen, als dies für die Masse der Arbeitnehmer im ganzen möglich war. Jahrelange schwierige parlamentarische Verhandlungen und Kämpfe folgten. Als eine der vielen Hemmungen, die dem neuen Gesetz in den Weg traten, führt der Ausschußbericht des Nationalrats charakteristischerweise den Umstand an, daß die große Zahl der Angestellten mit allen Fragen dieses Gesetzes vertraut und im höchsten Grade persönlich an seiner Fertigstellung interessiert war. So sei es gekommen, daß fast alle Organisationen der Dienstnehmer fortlaufend zu den Beschlüssen des Ausschusses Stellung genommen hätten. Auch hätten die Unternehmer immer wieder darauf hingewiesen, daß die österreichische Wirtschaft neue Belastungen nicht tragen könne. Hierdurch erkläre es sich, daß das Gesetz 3 Jahre brauchte bis es fertig wurde. Erst am 29. Dezember 1926 wurde es endlich vom Nationalrat in dritter Lesung angenommen. Alle Zweige der sozialen Versicherung waren nun für die Angestellten in einem Gesetz vereinigt. Ein großer Teil der Angestellten, der bis dahin von der Versicherungspflicht zur Angestelltenversicherung nicht erfaßt wurde, ist durch dieses Gesetz miteinbezogen worden. In organisatorischer Beziehung brachte es eine Reihe von Verbesserungen. Alle bedeutenden Angestell tengruppen sind jetzt in den Organen der Ver-

sicherung vertreten; die Verwaltung der Versicherungsträger ist in die Hände der aus freien Wahlen zu berufenden Versicherungsvertreter gelegt. Dennoch wies dies Gesetz eine Reihe von Mängeln auf, die eine baldige Abstellung erforderlich machten. So sah sich die Regierung schon im Juli 1927 zu einer neuen Vorlage genötigt, in der die inzwischen gemachten Erfahrungen verwertet werden sollten. Am 12. Juli 1928 wurde dieser Entwurf vom Nationalrat verabschiedet; das neu bekanntgemachte Gesetz wird als Angestelltenversicherungsgesetz 1928 bezeichnet.

Das österreichische Angestelltenversicherungsrecht hat sich nach dem Zerfall des alten Oesterreich in den Nachfolgestaaten weiter ausgewirkt, so insbesondere in der **Tschechoslowakei** und in **Polen**. Schon durch ein Gesetz vom 20. Dezember 1918 wurde die Allgemeine Pensionsanstalt für Angestellte in Prag ins Leben gerufen, die in ihrem Aufbau und in ihren Leistungen auf dem Oesterreichischen Pensionsversicherungsgesetz fußte. Auch in der Tschechoslowakei setzten bald Abänderungsbestrebungen ein, insbesondere verlangte die Organisation der Privatangestellten neben ihrer besonderen, gegenüber jener der Arbeiter wesentlich höherwertigen Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung auch eine besondere Angestelltenkrankenversicherung. Die hierauf folgenden eingehenden Reformarbeiten haben noch zu keinem endgültigen Abschluß geführt. In **Polen** besteht seit dem 1. Januar 1928 eine einheitliche Angestelltenversicherung für das ganze Staatsgebiet. Der Umfang der Versicherung ist der deutschen Angestelltenversicherung nachgebildet mit vielen Anklängen an die österreichische Versicherung. Schließlich sei noch hervorgehoben, daß man auch in **Luxemburg** vor der Schaffung einer besonderen Angestelltenversicherung steht, so daß die Zahl der Länder, in denen die soziale Gesetzgebung auf die besonderen Bedürfnisse und Verhältnisse der Angestellten Rücksicht nimmt, in neuerer Zeit immer mehr zunimmt. Die Angestelltenversicherung Luxemburgs, deren Schaffung von den dortigen Angestellten bereits seit langen Jahren angestrebt wird, soll sich im wesentlichen an die deutsche Angestelltenversicherung anlehnen, wenn sie auch in einer Reihe von Punkten über diese hinausgeht. Es wäre zu wünschen, daß in den mitteleuropäischen Ländern möglichst ähnliche und gleichwertige Einrichtungen auf dem Gebiet der Angestelltenversicherung geschaffen würden, um so die Freizügigkeit der Versicherten zu ermöglichen.

Anhaltischer Beamtenbund e.V.

Der Bund hat seinen Sitz in Köthen (Anhalt), Ringstr. 23, und besteht aus 15 Verbänden. Er ist Mitglied des Deutschen Beamtenbundes.
Fritz Winters

Appleton, William Archibald, britischer Gewerkschaftsführer, Commander of the Order of the British Empire, Justice of the Peace, am 31. Dezember 1859 in Notts geboren, war Spitzenmacher bis 1896, dann Sekretär des Spitzenmacherverbandes von 1896—1907. Er ist Mitglied